

Der lange Weg aus dem Schatten der Vergangenheit

Die Bündner Regierung anerkennt die Schuld des Kantons im Zusammenhang mit den fürsorgerischen Zwangsmassnahmen – und entschuldigt sich bei den Opfern.

VON PIERINA HASSLER

Was für eine Freude, was für Gefühle, was für eine Genugtuung: Auf der Tribüne im Saal des Grossen Rates hatten gestern die anwesenden Opfer der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen Tränen in den Augen. Unten im Saal verschlug es FDP-Grossrätin Vera Stiffler kurz die Stimme.

All dies, weil Regierungsrat Jon Domenic Parolini während der grossrätlichen Fragestunde einen Schritt machte, auf den ganz viele Menschen schon lange gewartet hatten. Kein Wenn und Aber, keine Ausflüchte, keine Vertröstungen, sondern einfach nur dies: Die Regierung anerkenne die Schuld des Kantons im Zusammenhang mit den fürsorgerischen Zwangsmassnahmen. Sie entschuldige sich bei den Opfern und stocke den Solidaritätsfonds des Bundes auf.

Parolini fügte als Erklärung noch hinzu: Die Regierung habe sich unter anderem entschieden, eine Betroffenen- und Fachpersonengruppe einzusetzen und diese zu beauftragen, Vorschläge für ein würdiges und geeignetes Zeichen des Gedenkens und der Anerkennung zu unterbreiten. «Im Herbst 2017 werden wir das Resultat in einem würdigen Rahmen kommunizieren.»

Mehr als die meisten Kantone

Auslöser dieser Antworten waren Fragen von Stiffler. Sie wollte von der Regierung wissen, ob sie die Meinung teile, dass eine Anerkennung wichtig und der Zeitpunkt reif sei, Verantwortung zu übernehmen. Stiffler fragte auch, was genau die Regierung konkret unternehme und wann die Betroffenen mit einer Anerkennung rechnen könnten.

«Das ist einfach nur genial», sagte Stiffler nach der Fragestunde zu der «Südostschweiz am Wochenende». «Es ging um die Anerkennung, aber der Kanton geht noch einen Schritt weiter und entschuldigt sich sogar.» Man könne wirklich zufrieden sein, auch wenn die Betroffenen sehr lange auf diesen Schritt hätten warten müssen.

Überglücklich auch Philipp Gurt, der Autor von «Schattenkind - wie ich als Kind überlebt habe». Der Kanton Graubünden mache mit der Anerkennung und mit der Entschuldigung mehr als die meisten anderen Kantone. «Endlich be-

kommen wir Schattenkinder die Wertschätzung, die wir verdienen.»

Schreckliche Geschichten

Auf der Tribüne im Grossratsaal sassen gestern mehrere Opfer der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen. In der grossrätlichen Fragestunde ging es um sie alle. Um Menschen, die mit ihrer schrecklichen Geschichte ein dickes Buch füllen könnten. Im Kapitel «Bestrafung» wäre dann beispielsweise dies zu lesen: C. G* verbrachte seine Teenagerjahre in diversen Arbeitsanstalten. Hatte er was ausgefressen, wurde er für 100 Tage in den sogenannten Bunker gesperrt: eine Kiste, am Boden etwas Schaumstoff und einen Kessel als Toilette.

Oder die Geschichte der leicht geistig Behinderten J. K.*: «Mich brachte man als Kind ins damalige Plankis. Alle zwei Monate durfte ich heim. Aber wehe, ich weinte, wenn mein Bruder mich jeweils zurückbrachte. Dann durfte ich ein halbes Jahr nicht mehr nach Hause.» So weit zwei Geschichten, mit denen man das erwähnte dicke Buch füllen könnte.

Die meisten Opfer der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen erzählen nicht ger-

ne aus ihrem Leben. Oft wollen sie auch nicht als «Opfer» betitelt werden. So wie zum Beispiel I. L.* «Ich freue mich zwar

«Ich und meine Regierungskollegen finden eine Entschuldigung richtig und wichtig.»

JON DOMENIC PAROLINI, REGIERUNGSRAT

riesig, dass der Kanton endlich die Schuld an der damaligen Zeit anerkennt», meinte sie gestern gegenüber dieser Zeitung. «Natürlich war ich ein Opfer, aber das müssen nicht alle wissen. Mitleid will ich wirklich keins.» Aloys Kappeler aus Landquart wurde als Kind seiner Mutter weggenommen. Dann der übliche Weg - Kinderheim, Jugendheim, Arbeitsanstalt, Gefängnis ... es sei schrecklich gewesen. «Aber was der Kanton Graubünden jetzt macht, finde ich gut.»

Auch Charly Gurt weiss, wie es sich anfühlt, wenn man als Jugendlicher aus der Familie gerissen zu wird. Deshalb sagte er gestern nur: «Ich bin sehr überrascht, aber die Anerkennung ist nicht mehr als recht.»

Der lange Weg

Die vielen tausend Opfer der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen mussten lange um die Anerkennung des Kantons Graubünden kämpfen. Immer an vorderster Front dabei, Philipp Gurt. In der «Südostschweiz am Wochenende» vom 22. Juli sagte er: «Der Kanton soll anerkennen, dass er damals bezüglich der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen eine Vorreiterrolle hatte.»

Drei Tage später bezogen vier Bündner Grossräte öffentlich Stellung (Ausgabe vom 25. Juli). Tina Gartmann-Albin, Gian Michael, Marcus Caduff und Vera Stiffler sagten, es müsse jetzt etwas passieren. Und dann reichte Stiffler die Fragen an die Regierung ein, auf die es nicht nur Antworten, sondern auch noch eine Entschuldigung gab. «Ich und meine Regierungskollegen finden eine Entschuldigung richtig und wichtig», sagte Parolini.



Entschuldigung: Philipp Gurt und Vera Stiffler freuen sich über den Entscheid der Regierung.

Bild Yanik Bürkli

Für eine Handvoll Grossräte weniger

Vom SP-Vorstoss «Verkleinerung des Grossen Rates» will eine Mehrheit aus FDP, CVP und BDP nichts wissen. Sie orten eine Einführung des Proporzverfahrens durch die Hintertüre – und das würde sie weitere Sitze kosten.

VON GION-MATTIAS DURBAND

120 Mitglieder zählt der Grosse Rat heute. Zu viele, findet die SP. Mit einem Fraktionsauftrag wollte sie den Grossen Rat gestern dazu bewegen, die eigene Kammer auf künftig 90 Sitze zu reduzieren. Ein altes Anliegen der Sozialdemokraten, dem sie zuletzt mit der 2006 lancierten Initiative «Grosser Rat: 80 sind genug» zur Durchsetzung verhelfen wollten. Eine Idee, die schon damals im Rat «sehr unpopulär» gewesen sei, sagte SP-Grossrat Conradin Caviezel. «Ganz im Gegensatz zur Bevölkerung», die die Initiative zwei Jahre später mit knappen 50,9 Prozent der Stimmen verwarf.

«Seither ist viel passiert», erklärte Caviezel den neuerlichen Anlauf der SP. Quasi-Halbierung der Anzahl Gemeinden, Gebietsreform, neuer kantonaler Finanzausgleich, einheitliche Rechnungslegung – alle zentralen Institutionen habe der Grosse Rat zwischenzeitlich reformiert. «Alle, bis auf sich selber.» Eine Verkleinerung des Parlaments, wie sie

nun auch etliche andere Kantone vorgenommen hätten, würde für jeden Grossrat «mehr Verantwortung und Verbindlichkeit» bedeuten. «Auch gäbe es nicht mehr wie heute gut 30 Grossräte, die in keiner Kommission sitzen, wo die wesentliche Arbeit geleistet wird.» Eine Sitzreduktion begünstige zielgerichteter Diskussionen und eine einfachere Kompromissfindung, sagte Caviezel. Kurz: weniger Köpfe, mehr Effizienz.

«Das ist eine Mogelpackung»

«Es geht hier gar nicht um die Anzahl der Grossratsitze», sagte FDP-Grossrätin Brigitta Hitz, «sondern um das Wahlsystem.» Ein von vielen Grossräten geteilter Verdacht. Denn nebst der Verkleinerung des Rates enthielt der im SP-Auftrag vorgesehene Verfassungsartikel auch folgende Bestimmung: «Das Wahlverfahren garantiert, dass die Stimmen aller Wählerinnen und Wähler möglichst gleich zur Zusammensetzung des Grossen Rates beitragen.» Statt das Kind beim Namen zu nennen werde hier «eine Mogelpa-

ckung präsentiert», so Hitz. «Wenn wir das Parlament verkleinern, müssten wir auch das Wahlsystem ändern.» Eine Umstellung des Wahlsystems vom heutigen Majorz- zum Proporzverfahren habe beim Volk jedoch «noch nie eine Chance gehabt». Tatsächlich hat das Bündner



«Alle zentralen Institutionen hat der Grosse Rat reformiert ... bis auf sich selber.»

CONRADIN CAVIEZEL
SP-GROSSRAT

Stimmvolk einen Wechsel bereits achtmal abgelehnt, zuletzt 2013 mit knapp 53 Prozent.

Prinzipien oder Sitzzahlen?

Weniger Köpfe, mehr Effizienz? Dem widersprechen die Erfahrungen aus dem nunmehr verkleinerten St. Galler Parla-

ment, sagte Ueli Bleiker von der BDP: Die Sessionen, Redezeiten und Kosten würden nicht weniger. Hauptsächlich verwiesen die Gegner der Vorlage aus FDP, CVP und BDP aber auf die Vertretung von Minderheiten und der Talschaften: weniger Köpfe, weniger Repräsentanz. Ein Argument, das - passenderweise - auffallend oft in italienischen Voten vorgebracht wurde.

Gemein war den Gegnern der Vorlage und den Befürwortern aus SP, SVP und GLP einzig der gegenseitige Vorwurf: Opportunismus! Denn ein Wechsel zum Proporzverfahren brächte namhafte Kräfteverschiebungen im Rat mit sich: Mit Verlusten rechnen müssten BDP, CVP und - allen voran - die FDP, deren Sitzzahl derzeit dem Zweifachen ihres Wähleranteils entspricht. Grosse Gewinnerin wäre wohl die SVP, gefolgt von der SP. Hätte, hätte, wäre, wäre. Im derzeitigen Grossen Rat blieb der Vorstoss mit 27:83 Stimmen chancenlos. Nicht zur Überraschung der SP. Eine entsprechende Volksinitiative ist bereits auf dem Weg.



Kommentar

Greifbarer, aber nicht fassbarer

RETO FURTER

Der Kanton Graubünden anerkennt seine Schuld und entschuldigt sich bei Tausenden Bündnerinnen und Bündnern, die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts als Kinder oder als Erwachsene vormundschäftlich oder fürsorgerechtlich versorgt wurden - unter teils unsäglichem Leid.

Mit seiner Erklärung überraschte der zuständige Regierungsrat Jon Domenic Parolini gestern alle im Grossen Rat, die auf eine Frage von FDP-Grossrätin Vera Stiffler einmal mehr auf ausweichende Antworten von der Regierungsbank gefasst waren.

Der Schritt ist der Regierung hoch anzurechnen, auch wenn der Entscheid dazu dem Vernehmen nach nicht einstimmig gefallen war und wohl nicht ausschliesslich freiwillig zustande kam. Für ein Einlenken sorgte auch ein stetig wachsender Druck seitens der Politik einerseits und seitens der Betroffenen und Medien andererseits.

Vor knapp 20 Jahren erstmals und sogar noch vor vier Jahren hatte die Bündner Regierung im Grossen Rat nämlich geschwiegen, als sie von Parlamentariern zur Entschuldigung aufgefordert worden war. Immerhin liess sie in der Folge aber die unrühmliche Politik früherer Zeiten wissenschaftlich aufarbeiten.

Dass sich der Kanton Graubünden jetzt, da die Grundlagen dieser Aufarbeitung auf dem Tisch liegen, bei den Opfern entschuldigt, wird vielen helfen, mit einem düsteren Teil ihrer Vergangenheit umzugehen. Es macht die Geschichte zwar nicht fassbarer, aber greifbarer.

reto.furter@somea.ch

Kurznachrichten

Mindestfallzahlen als Stolperstein

BÜNDNER SPITÄLER Wenn der Bund Mindestfallzahlen für medizinische Eingriffe bestimme, wäre die dezentrale Gesundheitsversorgung «fundamental» infrage gestellt. Das sagte gestern Regierungsrat Christian Rathgeb in der Grossrats-Fragestunde. (RED)

Verwaltungszentrum: Entscheid noch 2017

SAMEDAN Die Regierung wird laut Regierungsrat Mario Cavigelli noch im laufenden Jahr Details zum geplanten Engadiner Verwaltungszentrum kommunizieren. Als Standort ist Samedan vorgesehen. (RED)

Beitrag für Hotel «Flaz» wird Thema für Politik

PONTRESINA FDP-Grossrat Rudolf Kunz verlangte Auskunft über den Kantonsbeitrag für das geplante Hotel «Flaz» in Pontresina. Der Kanton will eine Million Franken sprechen; gegen den Neubau sind Einsprachen hängig (Ausgaben vom 15. Juli und 23. Juni). (RED)